



## Deutschland will engere Beziehungen zu Burma

Sanktionen sollen überprüft werden / Hoyer spricht mit Aung San Suu Kyi und Regierung

job. JAKARTA, 4. November. In der Bundesregierung bahnt sich ein Umdenken in der Burma-Politik an. Nach Gesprächen mit der burmesischen Führung in Naypidaw und der Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi in Rangun sprach der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer, von der Notwendigkeit, das Land politisch und wirtschaftlich zu unterstützen. „Hilfe ist dringend geboten“, sagte er am Freitag dieser Zeitung. Berlin werde sich dafür einsetzen, die Isolation Burmas zu beenden. Dazu gehöre auch eine Überprüfung der Sanktionen. „Wir werden die Sanktionen jetzt Schritt für Schritt anpassen“, kündigte Hoyer an.

Hoyer ist der erste ranghohe Politiker Deutschlands, der in die neue burmesische Hauptstadt Naypidaw gereist ist. Dort nahm er am Freitag als erster ausländischer Staatsgast überhaupt an einer Parlamentssitzung teil. Hoyer zeigte sich beeindruckt von der Arbeit der Abgeordneten, unter denen sich nicht nur Marionetten befänden, sondern zahlreiche Parlamentarier, die ernsthafte Beiträge leisteten. Er führte Gespräche mit den Ministern für Auswärtiges, Inneres und Wirtschaft sowie mit Parlamentspräsident Shwe Mann, der als derzeit wichtigster Mann nach Präsident Thein Sein gilt. „Meine Gespräche haben den Eindruck eines Landes hinterlassen, in dem die führenden Politiker ernsthaft etwas verändern wollen“, sagte er.

Vermittelt worden sei ihm der Eindruck, dass der Reformprozess „irreversibel“ sei. Dies betreffe auch die Freilassung der politischen Gefangenen. „Sie

wollen das Problem abräumen“, sagte Hoyer. Im Oktober wurden mehr als 200 Dissidenten entlassen. Mehr als tausend sitzen nach unabhängigen Schätzungen noch in burmesischen Gefängnissen.

Die Regierung in Burma wünscht sich offenbar Unterstützung auf allen Ebenen. Entwicklungspolitischen Bedarf sieht Hoyer vor allem im Gesundheits- und Bildungssektor sowie bei Mikrorediten. Hier könnten schon Anfänge gemacht werden, wenn Entwicklungshelferminister Dirk Niebel Anfang kommenden Jahres nach Burma reist. Helfen möchte Hoyer auch den jungen Institutionen. Deren Beratungsbedarf illustrierte er anhand des Parlamentsgebäudes in Naypidaw, das zwar Ceausescusche Dimensionen habe, aber keine Büros für Abgeordneten-Mitarbeiter. Deutschland könne wertvolle Erfahrungen für ein föderal-parlamentarisches System wie das burmesische beisteuern.

Im Mittelpunkt des burmesischen Interesses scheinen jedoch Handel und Auslandsinvestitionen zu stehen. Die damit verbundene – politisch sensible – Frage der Sanktionen möchte Hoyer „in enger Abstimmung mit Frau Suu Kyi“ klären. Die Vorsitzende der „Nationalen Liga für Demokratie“ (NLD) hat ihre starre Haltung in der Frage aufgegeben und befindet sich seit einigen Wochen im direkten Austausch mit der Regierung in Naypidaw. Hoffnungen, es könne in nächster Zeit zu einer radikalen Kehrtwende kommen, nährte Hoyer jedoch nicht: „Eine Abschaffung der Sanktionen zum jetzigen Zeitpunkt wäre sicher übereilt.“

Diskussionsbedarf sieht Hoyer jetzt nicht nur innerhalb der EU, wo bislang vor allem Großbritannien Kurskorrekturen zu verhindern sucht. Auf dem Programm stünden auch Gespräche mit Australien und Amerika. Washington, das wie London unter starkem Einfluss der exilburmesischen Lobby steht, hat die schärfsten Sanktionen verhängt. Besonders die Restriktionen auf dem Finanzsektor erschweren wirtschaftliche Aktivitäten. „Hier müssen wir aufpassen, dass wir uns mit den Sanktionen nicht ins eigene Knie schießen“, sagte Hoyer.

Der Staatsminister nannte den Reformprozess in Burma „alternativlos“. Sowohl Präsident Thein Sein als auch Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi hätten sich so sehr aus dem Fenster gelehnt, dass sie nun zum gemeinsamen Erfolg verdammt seien. Während Thein Sein von alten Weggefährten aus Junta-Zeiten kritisch wegen seiner demokratischen Agenda beäugt wird, verübeln Hardliner in der NLD ihrer Vorsitzenden, dass sie nicht mehr Fundamentalopposition betreibt.

Zurzeit verhandelt Frau Suu Kyi mit der Regierung über Wahlrechtsänderungen, die der NLD eine Teilnahme an den bevorstehenden Nachwahlen ermöglichen würde. Die letzten Wahlen hatte die NLD boykottiert. Hoyer gewann in seinem Gespräch mit Frau Suu Kyi den Eindruck, dass sich die NLD dem politischen Prozess anschließen könnte. Ob die Friedensnobelpreisträgerin persönlich kandidieren wird, sei nicht erkennbar gewesen – wohl aber ihre Absicht, eine „politisch operative Rolle“ anzustreben.